

Zweite kreative Protestaktion vor dem Landeshaus im Vorfeld der großen Demonstration

Suchtberatungsstellen errichten "Eckkneipen" und schenken (reinen) Wein ein



Suchtberaterin vom Projekt Droge 70

Donnerstagmorgen in aller Frühe vor der Plenardebatte wurden vor dem Landeshaus drei kleine Trinkstände errichtet. Als ein mögliches Zukunftsszenario, wenn 2018 die Förderung für Suchtberatungsstellen wegfallen könnte.



Antje Jansen besucht die „Kneipe“

Die MitarbeiterInnen der Beratungsstellen luden die Abgeordneten zum Umtrunk ein. Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin, solidarisierte sich mit der Aktion. Denn bereits jetzt sind die Mittel für die Suchtberatung um 15 Prozent gekürzt worden. DIE LINKE fordert seit längerem die vollständige Rücknahme dieser Kürzungen.

HSH Nordbank – Bank des Nordens für den Norden

Drei Anträge zum Thema HSH Nordbank wurden diskutiert. Ein Antrag aller Landtagsfraktionen wurde einstimmig angenommen, welcher eine vorbehaltlose Aufklärung der Beschnüffelung von Parlament, Fraktionen und Parteiveranstaltungen durch den Sicherheitsdienst *Prevent* zum Gegenstand hatte. Dieser Sicherheitsdienst hatte von der HSH Nordbank über 7 Millionen Euro erhalten, wofür ist immer noch nicht abschließend geklärt.

Daneben stand noch ein Antrag der Grünen auf der Tagesordnung, welcher die Landesregierung aufforderte, wieder ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden. Der Antrag der LINKEN wollte zusätzlich die HSH Nordbank enger an die Interessen der Anteilseigner, insbesondere der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein binden. Hintergrund dafür sind die bisherigen Ergebnisse des Schleswig-Holsteinischen Untersuchungsausschusses. Zum einen zeichnet sich immer mehr ab, dass die Orientierung auf den Börsengang, die Jagd nach Rendite, der Versuch als „Global Player“ auf der finanzpolitischen Weltbühne zu spielen ursächlich ist, für den Fast-Zusammenbruch der Landesbank. Hier muss es zu einem deutlichen Umsteuern kommen, zur Rückbesinnung auf die Funktion der Landesbank als Partner der regionalen Unternehmen.

Zum anderen zeigten vor allem die Zeugenvernehmungen von Marti-Sanchez und des Vorstandsvorsitzenden Dirk Nonnenmacher, dass die Bank offensichtlich Steuergeschäfte gemacht hat, die ohne jeglichen wirtschaftlichen Nutzen einzig und allein dazu dienten, die Steuern für die Bank zu Lasten der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg zu verringern.

Letztlich fanden der Antrag der LINKEN und der Antrag der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit, insbesondere unser Antrag wurde von fast allen anderen Fraktionen abgelehnt. Nur die Grünen haben sich hierzu enthalten.



HSH-Nordbank in Kiel bei Nacht

Konnexität bei der U3-Kinderbetreuung- Kommunen in Not



Uli Schippels bei seiner Rede

Im Landtag wurden die Auswirkungen des Urteils des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtes zu den Kosten für die Kinderbetreuung diskutiert. Das Gericht in NRW hatte vor kurzem geurteilt, dass das Land NRW für die Kosten aufkommen muss, die den Kommunen bei der Durchführung des Gesetzes entstehen. Hintergrund sind bundesgesetzliche Regelungen, bis 2013 Betreuungsplätze für mindestens 35 Prozent der unter-dreijährigen Kinder zur Verfügung zu stellen.

In Schleswig-Holstein bezahlt der Bund bis 2013 insgesamt 74 Millionen, das Land und die Kommunen jeweils 46 Millionen zur Realisierung dieser Verbesserung bei der Kinderbetreuung. Zusätzlich finanzieren Bund und Land in diesem Zeitraum jeweils 62 Millionen Euro für die Betriebskosten, die aus der U3-Betreuung resultieren.

Die Debatte um dieses Thema entwickelte sich zum juristischen Diskurs. Einvernehmlich stellten die anderen Fraktionen fest, dass das Urteil aus NRW auf Schleswig-Holstein nicht anzuwenden sei.

Die Fraktion DIE LINKE dagegen unterstützte die Forderung des Städte- und Gemeindetages nach Übernahme der Kosten durch das Land. Unabhängig von der juristischen Debatte seien die Kommunen durch die Steuerpolitik von Bund und Land in großer Not und müssten deshalb entlastet werden. Auch die neue



Steuerschätzung zeige, dass sich die Einnahme-Situation der Kommunen erst mit zeitlicher Verzögerung und nur wenig verbessern werde. Vor allem die knappen Kassen der Kommunen seien dafür verantwortlich, dass diese bei der Realisierung der U-3-Betreuung auf die Unterstützung von schlecht ausgebildeten Tagesmüttern umsteuern. Dadurch lassen sich vor Ort zwar die Betriebskosten reduzieren, allerdings geht dies zu Lasten der Kinder.

Auf Briefbombenerkennungsschulung des Amtes für Katastrophenschutz (Innenministerium) - ein Erlebnisbericht zur aktuellen Panik-Allgegenwart

Als LINKE Mitarbeiterin sitze ich in Fahrgemeinschaft mit der Vorzimmerdame der Minister und Poststellenbeamten aus dem Umwelt- und Innenministerium. Man sietzt sich. Herr K. hat sich als Fahrer einen Routenplaner ausgedruckt, in welchen er die falsche Adresse eingegeben hat. Wir fahren über Feldwege und landen in Sackgassen. Sein Beifahrer übernimmt irgendwann genervt das Kommando und ruft den Chef an. Mit der Förmlichkeit halten wir es ab da nicht mehr so genau und sowieso kommen wir dann schon an. Im Seminarraum sitzen bereits die Pförtner des Landtages und wundern sich, was die LINKE hier will. Der Witz mit dem Bombenbauseminar zieht aber mittlerweile nicht mehr. Der Hinweis auf Nazianschläge trifft auf überraschte Einsichtsbekundungen und wir sitzen wieder in einem Boot.



Es geht los: Gezeigt wird ein thailändisches Doku-Video mit allen Fehlern die man bei einer Päckchenbombe machen kann. Erst werden der Vorgesetzte und die Presse hinzu gerufen, die sich um die Bombe scharen, dann wird vorsichtig ins Päckchen gelugt. Es folgt ein Knall, dann Schreie und man sieht Blutlachen. Schockierte stehen tatenlos um verstümmelte Menschen herum. Der Hinweis, es könne alle treffen, folgt. Ein sympathischer Mann vom Entschärfungsdienst erzählt uns, dass die Hemmschwelle zur Tat sehr gering sei. Die Überfrankierung als eines der Erkennungsmerkmale einer Briefbombe, neben herausragenden Drähten und Ölflecken (!), erzeugt einige Lacher. Kein Täter wolle schließlich die eigene Bombe ins Haus zurückgeliefert bekommen.

Auch der alleinige Adresstitel „An den Ministerpräsidenten“ sei als Indiz zu werten.

Sowieso sei das Wichtigste, den gesunden Menschenverstand einzuschalten, Anormalitäten zu registrieren und lieber öfters als nötig die „Lagerung“ zu rufen. Die Vorzimmerdame des Innenministers schildert, dass sie deshalb auch schon des Öfteren unseriös wirkende Menschen im Ministerium angesprochen habe. Wir gehen in den Wald, um einer Live-Sprengung beizuwohnen. Hinter uns werden die Wege abgesperrt. Hinter Eisenbunkern mit Panzerglasfenstern dürfen wir gespannt der Sprengung zusehen. Es wird heruntergezählt...-3-2-1-Wumms. Alle sind überrascht, was für eine Druckwelle 25 Gramm Dynamit erzeugen können. Als Abstecher besichtigen wir die Sprengmittelfundsammlung des Landes und bekommen von der Handgranate bis zur kompliziertesten Fliegerbombe alles erklärt. Jedes Jahr geht eine Bombe in Deutschland hoch, vierhundert Mal in Jahr wird das Einsatzkommando gerufen, hundert Mal wird entschärft. Bomben, die heute noch in Deutschland produziert würden, habe man jetzt nicht hier, wird meine Frage beantwortet. Nachwuchsprobleme? Hat die Stelle trotz geringer Gefahrezulage nicht, es gäbe genug Militaria-Fans, aber genau solche wolle man ja nicht, da die sich sonst „die Taschen vollmachten“. Es sei ein technischer wunderbar herausfordernder Beruf und mehr nicht. Das Schlusswort des freundlichen Beamten: „Ich wollte Sie jetzt nicht verschrecken, sondern Ihnen ein Bild davon vermitteln, welche Wucht ein wenig Sprengstoff doch haben kann. Und denken Sie an Ihren gesunden Menschenverstand. Wir sehen uns spätestens, wenn Sie sich bei mir melden.“

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Schleswig- Holsteinischen Landtag

V.i.S.d.P.:
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70
24 105 Kiel
Telefon 0431 / 988 16 12
Telefax 0431 / 988 16 18
hall@linksfraktion-sh.de

Redaktionelle Beiträge:
Julia Nüß, Dana Tegge, Surya
Stülpe, Jens Schulz, Dr.
Thomas Herrmann

Verpflichtende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausbauen – nicht zurechtstutzen!

Die Landesregierung beabsichtigt tiefgreifende Änderungen in der Kommunalverfassung. Auf der Tagesordnung der Landtagsitzung im November stand deshalb ein gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN zur Beibehaltung der verpflichtenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben in den Kommunen.



„Vorgestern haben wir in diesem Hause das Gesetzgebungsverfahren für eine Änderung der Landesverfassung zur Stärkung von Kinderrechten auf den Weg gebracht. Kaum zurück im Alltag steht ein Stück Ernstfall für die Kinderrechte auf der Tagesordnung“, sagte dazu in ihrer Rede Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE:

„Schleswig-Holstein hat als einziges Bundesland neben Hamburg Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche in seine

Kommunalverfassung geschrieben. Der Paragraph 47f der Gemeindeordnung verpflichtet die Kommunen Beteiligungsprojekte durchzuführen. Und das ist gut so. Es ist wichtig, eigene Interessen bei allen Entscheidungen von Familien- und Bildungspolitik bis hin zur Stadt- und Verkehrsplanung zu erkennen, zu artikulieren und einzubringen. Nur wenn Kinder und Jugendliche lernen, Politik selber zu gestalten, werden sie ernst genommen. Doch was geschieht? Die Landesregierung, namentlich der Innenminister, will das Gesetz aufweichen.“

Antje Jansen problematisierte in ihrer Rede, dass schon so nicht alle Kommunen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wirklich ernst nähmen. Die Antwort darauf könne aber nicht im Übergang zur Beliebigkeit bestehen. Stattdessen seien Hilfestellungen für die Kommunen notwendig.

„Statt den Paragraphen 47f der Gemeindeordnung durch die Umwandlung in eine "Kann"-Bestimmung vollständig der Willkür der Kommunalverwaltungen zu überlassen und auf diesem Weg komplett zu verwässern, täte man besser daran, sich mehr Gedanken über die konkrete Umsetzung zu machen.“

DIE LINKE im Landtag bekennt sich im Übrigen klar zur Sicherung und zum Ausbau der Beteiligungsrechte, nicht nur bei Kindern und Jugendlichen!

Hochschulpolitisches Konzept der Landesregierung

Der Bildungsminister stellte in der Debatte über das Hochschulpolitische Konzept der Landesregierung einen Entwurf vor, welcher die Fokussierung auf die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie die „Exzellenzfähigkeit“ der Hochschulen in Schleswig-Holstein vorsieht. Dieser Kurs verdeutlicht einmal mehr die selektive Elitenförderung.



Björn Thoroë machte daher in seiner Rede auf offensichtliche Missstände des Konzepts und der gesamten Hochschulpolitik der schwarz-gelben Regierung aufmerksam: „In allen Fächergruppen außer Medizin und Sport liegen die Ausgaben pro Studierenden in Schleswig-Holstein weit unter dem Bundesdurchschnitt. In



Schleswig-Holstein leben 3,46% der Menschen in Deutschland. In Schleswig-Holstein existieren aber nur 2,41% der bundesweit angebotenen Studienplätze. Nur um den bestehenden Rückstand auf andere Bundesländer wettzumachen, bräuchte Schleswig-Holstein auf einen Schlag sofort 50% mehr Studienplätze.

Obwohl im Rahmen der Hochschulpakete 9867 zusätzliche Studienplätze in Schleswig-Holstein geschaffen werden müssen, soll das Globalbudget der Hochschulen ab 2011 gedeckelt werden und trotz Inflation sowie Tariferhöhungen für die Angestellten sollen die Gesamtmittel in den Folgejahren nicht erhöht werden.

Antje Jansen zur aktuellen FDP-Personalpolitik:

...Bei den Ämtern und Behörden des Landes werden durch Umstrukturierungsmaßnahmen Personen eingestellt, deren besonderer Vorzug und Kompetenz darin besteht, entweder das FDP Parteibuch zu besitzen oder gar ein persönlicher Freund zu sein. Personen, die jahrelang dem Land gute Arbeit geleistet haben, werden durch diesen geplanten FDP-Machtmissbrauch ungeachtet ihrer Kompetenzen und Leistungen in minderwertigen Positionen kaltgestellt...

...Sie sagen einerseits: Alle sind gefordert um jeden Preis zu sparen, damit wir unseren Haushalt so schnell wie möglich konsolidieren. Da gäbe es keine Tabus. Andererseits versuchen Sie, durch die Hintertür neue hochdotierte Stellen für ihre Parteikumpane zu schaffen. Wie erklären Sie diesen Widerspruch?...

Hebammenberufshaftpflichtversicherung

Der Antrag auf Erhalt der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe wurde bereits in der Juli-Sitzung des Landtages nach einer sehr emotionalen Debatte in den Sozialausschuss überwiesen. Dort wurde der Antrag nach der Stellungnahme der Landesregierung und einer kontroversen Diskussion mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt. Dieser Verlauf ist angesichts der großen Anstrengungen und Bemühungen der Hebammen sehr bedauerlich. Ihre Versicherungsprämien haben sich in den vergangenen Jahren verzehnfacht. Die Gehälter blieben gleich. Der deutsche Hebammenverband e.V. hat die Hebammen aufgerufen die Arbeit nieder zu legen, da angesichts der erneuten gravierenden Einschnitte die Hebammen von ihrem Lohn nicht mehr leben können.



Ranka Prante mit Hebammen

Zwischen dem 30.11.2010 und Ende Januar 2011 werden die Hebammen in Baden-Württemberg, Thüringen und Berlin streiken. Nach Aussage der Pressesprecherin des Deutschen Hebammenverbandes e.V. soll der Streik sich bis in den Sommer 2011 ziehen und man hoffe, dass nach und nach auch Hebammen anderer Bundesländer sich an diesem Streik beteiligen. Hervorgehoben wurde, dass Adressat dieses Streiks die Krankenkassen seien, die den Hebammen eine Vergütung für ihre Leistungen anbieten, die nicht existenzsichernd sei. Die Linksfraktion plant, die Schleswig-Holsteinischen Hebammen bei einem möglichen Streik zu unterstützen.

Ein Trauerspiel ist auch die Untätigkeit der Landesregierung in den Bereichen, die keine zusätzlichen Kosten verursachen würden. In Schleswig-Holstein sind nur 11% der Professorenstellen mit Frauen besetzt. DIE LINKE fordert eine Quotenregelung im Hochschulgesetz. Außerdem müssen mindestens 50% der Plätze in den Berufungsgremien mit Frauen besetzt sein.“

Eine Antwort auf die Zukunft der Universität Flensburg wird auch im vorgestellten Konzept nicht gegeben. Die Landesregierung hält sich weiterhin bedeckt. Die Uni werde sich „weiterentwickeln“, in welche Richtung, wird nur zwischen den Zeilen deutlich, wenn die Landesregierung betont, auch die FH in Flensburg könne ihren Kontakt zu Dänemark ausweiten. Man wartet außerdem weiterhin auf die Empfehlung einer wissenschaftlichen Kommission aus Niedersachsen.

DIE LINKE kritisiert den Kurs der Privatisierungsbestrebungen im Hochschulbereich. Sowohl die Umwandlung der Uni Lübeck in eine Stiftungsuniversität als auch die Anbindung einzelner Studiengänge an Unternehmen lehnt DIE LINKE entschieden ab.

Die Zukunft des Wissenschaftsraumes Schleswig-Holstein bleibt ungewiss. Fest steht, DIE LINKE Landtagsfraktion wird sich auch weiterhin gegen die Kürzungen im Bildungsbereich und für Bildungsgerechtigkeit in Schleswig-Holstein einsetzen.

Unser Antrag zu den Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs

Streichungen und Kürzungen bei Mädchentreffs und Frauenfacheinrichtungen sind gesellschaftlich schädlich und politisch falsch!

Die Debatte um die Streichungen und Kürzungen bei den Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs



wurde im Beisein der Betroffenen geführt und verlief erwartungsgemäß emotional.

Bei diesem Thema hielten die Oppositionsparteien geschlossen zusammen. DIE LINKE konnte sich mit den anderen Oppositionsparteien im Vorfeld der Plenarsitzung über den gemeinsamen Stand der Anträge, die den Erhalt der Frauenfacheinrichtungen und der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein beinhalten, verständigen.

Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, wies in

ihrer Rede deutlich darauf hin, dass die Streichung der Landesmittel für die Mädchentreffs das völlige Aus für die Mädchentreffs bedeute. Und das, obwohl es „keinerlei Kritik an der Arbeit der Mädchentreffs gäbe“. Dies gelte im gleichen Maße für die Frauenfacheinrichtungen. Abenteuerliche Streichungen, Kürzungen und Pläne von Zusammenschlüssen von Frauenhäusern seien „absolut realitätsfremd und als schwarz-gelben Angriff auf die gesamte Weiblichkeit zu sehen.“ Die CDU versuchte sich in Bezug auf die Mädchentreffs jeglicher finanzieller Verantwortung zu entziehen, in dem sie diese auf die örtliche Jugendhilfe abzuwälzen versuchte. Auch die frauenpolitische Sprecherin der FDP versuchte das bestehende Konzept zu den Frauenfacheinrichtungen zu verteidigen. Sie nannte das Konzept des Ministeriums und die darin geplante Schließung von zwei Frauenhäusern und die Überführung der Finanzierung der Frauenberatungsstellen in das Finanzausgleichsgesetz, unbegründeter Weise als einen, über ein Mindestmaß in personeller, materieller und finanzieller Hinsicht hinausgehenden Vorschlag.

Die Aussage, dass allen Beteiligten klar sein müsse, dass das Land Schleswig-Holstein noch einen langen Weg zu gehen habe, um das strukturelle Defizit abzubauen und wir mit dem Haushalt 2011/2012 erst am Anfang ständen, spricht Bände und lässt nichts Gutes erwarten.

Erwartungsgemäß wurden die Anträge, wenn auch nur mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt.

Wir, die Fraktion DIE LINKE, stellt sich weiterhin vehement gegen die Kürzungen und Streichungen bei den Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs.

